



GEMEINDE FRESACH
9712 Fresach/Villach
☎ 04245 2060 FAX 04245-5131
e-mail: fresach@ktn.gde.at,
www.fresach.at UID : ATU59364413
DVR.Nr.0488976



Zahl: 004-1/4/2015

Fresach, 05.08.2015

Betr.: Niederschrift

aufgenommen anlässlich der am Mittwoch, dem **05. August 2015** im **Gemeindeamt Fresach** stattgefundenen **Sitzung des Gemeinderates**.

Anwesend: Bürgermeister Ing. Gerhard Altziebler als Vorsitzender
Die Gemeinderatsmitglieder:

Sonja Schoblocher
Oswald Hohenberger
Harald Glanznig
Erwin Possegger
Martina Erletz

Alexander Melischnig
Viktor Schitzelhofer
Randolf Schneeweiß
Alfred Antowitzner

Marlene Unterkofler
Stefan Golser

Entschuldigt: Martin Moser dafür als Ersatz Elisabeth Wieser, Ines Barzauner dafür als Ersatz Hans Peter Barzauner und Andreas Hohenwarter dafür als Ersatz Evelin Schitzelhofer anwesend.

Beginn: 19 Uhr 00
Ende: 21 Uhr 05

T a g e s o r d n u n g

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des letzten Protokolls und Berichte des Vorsitzenden
2. Selbständiger Antrag der ÖVP Gemeinderatsfraktion um Beschlussfassung einer Resolution zum Thema Steuergerechtigkeit, denn Steuergerechtigkeit beim Finanzausgleich heißt § jeder Bürger ist gleich viel wertö; Beratung und Beschluss
3. Teilsanierung der Amberger Straße §Bereich Steinwendergrabenbrücke bis Anwesen Raimund Possegger; Vergabe der Bauarbeiten zufolge der vorliegenden geprüften Angebote und des Vergabevorschlages; Beratung und Beschluss
4. Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung betreffend der Anpassung der Abfallgebühren zur Erreichung einer Kostendeckung im Gebührenhaushalt Müllbeseitigung; Beratung und Beschluss
5. Berichte und Informationen
6. Personalangelegenheiten

Sitzungsverlauf

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des letzten Protokolls und Berichte des Vorsitzenden

Hr. Bürgermeister Ing. Gerhard Altziebler begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Zuhörer. Er erklärt, dass für Hr. GR. Martin Moser, als Ersatz Frau Elisabeth Wieser, für Fr. GR. Ines Barzauner als Ersatz Hans Peter Barzauner und für Hr. Vizebgm. Andreas Hohenwarter als Ersatz Evelin Schitzelhofer anwesend sind und stellt zufolge der Vollzähligkeit des Gemeinderates die Beschlussfähigkeit fest.

Als Protokollunterfertiger für die heutige Gemeinderatssitzung werden die Gemeinderäte In Marlene Unterkofler und Harald Glanznig über Antrag des Vorsitzenden einstimmig nominiert. Der Vorsitzende fragt, ob es gegen das letzte Gemeinderatsprotokoll vom 22. 06. 2015 einen Einwand gibt. Nachdem dies nicht der Fall ist, gilt dieses als genehmigt und wird von der Protokollunterfertigerin Sonja Schoblocher unterschrieben. Die Unterschrift des zweiten Protokollunterfertigers Martin Moser wird nachgeholt.

Hr. Bürgermeister Altziebler erklärt, dass die heutige Sitzung über Antrag von Hr. Vizebgm. Hohenwarter unter Vorgabe einiger Tagesordnungspunkte einberufen wurde und er seine Berichte unter dem Punkt Berichte und Informationen bringen wird.

2. Selbständiger Antrag der ÖVP Gemeinderatsfraktion um Beschlussfassung einer Resolution zum Thema Steuergerechtigkeit, denn Steuergerechtigkeit beim Finanzausgleich heißt § jeder Bürger ist gleich viel wertõ; Beratung und Beschluss

Zum gegenständlichen selbständigen Antrag der ÖVP Gemeinderatsfraktion kann angeführt werden, dass die obige Resolution wie nachstehend angeführt, zur Beratung vorliegt:

Resolution der Gemeinde zum Thema Steuergerechtigkeit

Dem Steuergerechtigkeit beim Finanzausgleich heißt "jeder Bürger ist gleich viel wert"

Das Finanzausgleichsgesetz, das die Verteilung der Steuereinnahmen auf die drei Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden regelt, beinhaltet einen Verteilungsschlüssel, der die kleinen Gemeinden benachteiligt. Der Bürger dort ist für die Auszahlung der Finanzmittel an die Gemeinden weniger wert!

Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel (aBS) aus dem Jahr 1920 belegt, dass die Mittelzuweisung an die größeren Gemeinden wesentlich besser ist, als an die kleineren Gemeinden. Der aBS stammt aus einer Zeit, in der man die im Weltkrieg zerstörten Städte rasch wieder aufbauen wollte. Dies gilt auch für das Bundesfinanzverfassungsgesetz des Jahres 1948. Die Rahmenbedingungen haben sich aber für die Gemeindehaushalte geändert und die Kriegsschäden sind beseitigt, ABER die Finanzausgleichsgesetze in ihrer Grundstruktur sind seit Jahrzehnten unverändert geblieben.

Ein wichtiges Kriterium für die Verteilung der Steuereinnahmen ist die Einwohnerzahl. Für die **Gemeindeertragsanteile** gilt der abgestufte Bevölkerungsschlüssel. Dieser sorgt als Vervielfacher der Bevölkerungszahl dafür, dass größere Gemeinden pro Einwohner mehr Geld erhalten als kleinere.

Nach derzeitigem System (FAG 2008) wird die Bevölkerungszahl
bei Gemeinden bis 10.000 EW mit 1,61
bei Gemeinden mit 10.001 bis 20.000 mit 1,67
bei Gemeinden mit 20.001 bis 50.000 und bei Städten mit eigenem Stant mit 2 und
bei Gemeinden über 50.000 Einwohner mit 2,33 multipliziert.
Das heißt am Beispiel Wien: Die Stadt erhält nicht für tatsächliche 1,731 Mio. Einwohner die Gemeindeertragsanteile, sondern für 4 Millionen Menschen! ($1,731 \times 2,33$)

Regelungen für Gemeinden, die eine höhere Einstufung knapp verfehlen, ändern nichts am grundsätzlichen Problem der ungleichen Bewertung der Pro-Kopf-Zahlungen. Ein Bürger einer Kleingemeinde ist also weniger wert als ein Bürger einer größeren Gemeinde.

Notwendig ist ein Umschwenken von einem nicht mehr zeitgemäßen System in Richtung Aufgabenorientierung. Dort, wo Aufgaben erledigt werden, sollte das Geld auch hinfließen. Gerade kleine Gemeinden in strukturschwachen Regionen haben mit ihren Kindergärten, der Pflege- und Altenbetreuung, dem Kanal- und Wassernetz usw. eine Fülle von Leistungen zu erbringen.

Der Gemeinderat von fordert daher die Verhandler des Finanzausgleichs (Bund-, Länder- und Gemeindevertreter) auf, die zu verteilenden Gemeindemittel gleichmäßig pro Kopf auszuschütten, damit gerade den ländlichen Gemeinden eine positive Entwicklung ermöglicht wird.

Bürgermeisterin / Bürgermeister:

..... den2015

Die gegenständliche Resolution wurde im Gemeindevorstand einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende findet die Punkte dieser Resolution sehr gut. Der Bürger am Land soll gleich viel zählen wie jene in der Stadt. Er berichtet, dass es gerade aus diesem Grund einen Streit zwischen Gemeinde- und Städtebund gibt.

Über Antrag des Gemeindevorstandes, den der Vorsitzende zur Abstimmung bringt, wird die vorstehende Resolution einstimmig beschlossen.

3. Teilsanierung der Amberger Straße §Bereich Steinwendergrabenbrücke bis Anwesen Raimund Possegger; Vergabe der Bauarbeiten zufolge der vorliegenden geprüften Angebote und des Vergabevorschlages; Beratung und Beschluss

Wie bereits grundsätzlich beschlossen, soll die Amberger Straße, Bereich Steinwendergrabenbrücke bis Anwesen Raimund Possegger saniert und eine Brückenverbreiterung durchgeführt werden. Es erfolgte für diese Straßenbauarbeiten eine beschränkte Ausschreibung an die Fa. Strabag, Fa. Swietelsky, Fa. Felbermayer und Fa. Porr. Die diesbezüglichen Angebote liegen vor und wurden von Hr. Ing. Anderwald von der VG. Villach überprüft. Dahingehend fand zusätzlich am 7.7.2015 ein Bietergespräch mit den Anbieterfirmen statt, aus welchem die Fa. Swietelsky mit einer Angebotssumme von € 54.381,95 Brutto minus 3 % Nachlass als Bestbieter hervorging.

Für die Brückenverbreiterung wurde vorerst nur ein Angebot bei der Fa. GM-Bau Ing. Josef Gatternig, die einen Versicherungsschaden an der Brücke zu beheben hat, mit einer Summe von € 23.732,10 € Brutto und lt. Bietergespräch mit 3% Nachlass, eingeholt. Betreffend die Brückenverbreiterung wurde im Zuge des Bietergespräches noch ein weiteres Angebot bei der Fa. Porr zum Vergleich eingeholt.

Der Gemeindevorstand hat die Beauftragung für die Teilsanierung der Ambergerstraße inkl. Asphaltierung an den Billigstbieter die Fa. Swietelsky und die Brückenverbreiterung an den Bestbieter nach Vorliegen des Angebotes der Fa. Porr beschlossen.

Das Angebot der Fa. Porr für die Brückenverbreiterung liegt vor und übersteigt das obige Angebot der Fa. GM Bau, sodass lt. Vergabevorschlag der Auftrag an die Fa. GM-Bau mit der oben angeführten Summe zu vergeben wäre.

Die Gesamtkosten dieses Vorhabens betragen einschließlich Unvorhergesehenem € 80.000,--

Die Finanzierung dieses ao. Vorhabens soll wie nachstehend angeführt, erfolgen:

BZ Mittel	€	46.600,00
BZ Mittel außerhalb des Rahmens KBO	€	20.000,00 (Zusicherung noch ausständig)
<u>Zuf. o.HH: RL-Entn. (KIGA.Rücklage)</u>	€	<u>13.400,00</u>
Summe:	€	80.000,00

Hr. GR. Schneeweiß fragt, ob es für die Förderung aus der Bauoffensive noch keine Zusicherung gibt. Dazu erklärt Hr. Golser, dass die Zusicherung noch nicht da ist. Lt. Telefonat mit Fr. Sicher, die für die KBO Mittel zuständig ist, wurde mitgeteilt, dass die € 20.000,- KBO Förderung für das gegenständliche ao. Vorhaben, den zuständigen Referenten FR. LHStv. Dr. Schaunig-Kanduth und Hr. LR. DI. Benger zur Unterfertigung vorgelegt wurden.

Sollte die Zusicherung geringer sein, dann müsste die Rücklagenentnahme um den fehlenden Betrag erweitert werden.

Hr. Randolph Schneeweiß meint, dass der Radius durch die Verbreiterung nordseitig schlechter wird. Dazu erklärt Hr. GR. Erwin Possegger, dass durch die Verbreiterung der Brücke um 70 cm jedenfalls eine Verbesserung erzielt wird.

Hr. GR. Schneeweiß fragt, wie es mit der Umleitungsmöglichkeit während der Bauzeit aussieht. Dazu erklärt Hr. Bürgermeister Altziebler, dass die Fräs- und Asphaltierungsarbeiten an jenen Tagen durchgeführt werden, an den das Milchauto nicht fährt. Die Straße wird an zwei Tagen zu sperren sein. Dringende Fahrten, wie z. B. die Rettung können auch während der Fräsarbeiten durchgeführt werden. Die Geräte müssten dann zur Seite fahren. Wir werden versuchen über das Anwesen vlg. Eder in Amberg eine Umleitung für dringende Fahrten zu erwirken.

Hr. GR. Erwin Possegger fragt, ob die Asphaltierung vor dem Wasserleitungstausch erfolgt. Dazu berichtet Hr. Bürgermeister Altziebler, dass Blindverrohrungen im Straßenbereich vorgesehen sind

Nach Beendigung der Wortmeldungen zu diesen TOP werden über Antrag des Gemeindevorstandes den der Vorsitzende zur Abstimmung bringt, die Vergabe der Brückenverbreiterungsarbeiten an die Fa. Gatterrig und die Straßenbauarbeiten an die Fa. Swietelsky mit den oben angeführten Beträgen einstimmig vorgenommen und die obige Bedeckung des gegenständlichen ao. Vorhabens einstimmig genehmigt.

4. Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung betreffend der Anpassung der Abfallgebühren zur Erreichung einer Kostendeckung im Gebührenhaushalt Müllbeseitigung; Beratung und Beschluss

Das Schreiben welches nachstehend auszugsweise dargestellt ist, wird vollinhaltlich verlesen.

Das Amt der Kärntner Landesregierung, Gemeindeabteilung hat im Zuge der Begutachtung der Jahresrechnung 2014 festgestellt, dass der Gebührenhaushalt Müllbeseitigung angepasst werden soll. Dies bedeutet, dass eine Erhöhung der Abfallgebühren zur kostendeckenden Führung des Gebührenhaushaltes Müllbeseitigung durchzuführen ist.

Fr. GR. Evelin Schitzelhofer meldet sich zu Wort und stellt fest, dass immer gefordert wurde wenigstens die Indexerhöhung vorzunehmen, dem jedoch nie zugestimmt wurde. Dieses Thema war schon die Jahre vorher immer Gegenstand bei den Festlegungen der Gebühren. Hr. Bgm. Ing. Gerhard Altziebler vertritt eine ähnliche Meinung, wie Fr. Evelin Schitzelhofer. Wir sollten versuchen die Gebühren niedrig zu halten. Fr. Evelin Schitzelhofer stellt fest, dass wenn wir eine jährliche Erhöhung mit Index gemacht hätten, dann müssten wir jetzt nicht so viel hinaufgehen. Hr. Bürgermeister erklärt, dass ihm das auch nicht gefällt, aber aufgrund des Schreibens des Amtes der Kärntner Landesregierung und der darin enthaltenen Feststellungen, seitens des Landes, eine Erhöhung gefordert wird.

Hr. GR. Erwin Possegger fragt, ob in den letzten 10 Jahren die teilweise Bedeckung der Ausgaben für Müll im ordentlichen Haushalt schon aus der Rücklage entnommen wurde. Dies müsste heraus gerechnet werden, so Hr. Golser. Er möchte gerne wissen, wann die letzte Preiserhöhung war und wie viel die Indexerhöhung bis jetzt ausgemacht hätte.

Hr. Bürgermeister stellt aufgrund der Wortmeldungen einen Antrag zur Geschäftsbehandlung, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und die gewünschten Daten hinsichtlich des Gebührenhaushaltes Abfallbeseitigung bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates zu ermitteln und dann neuerlich über diesen Tagesordnungspunkt zu beraten. Dem Antrag wird einstimmig statt gegeben.

5. Berichte und Informationen

Berichte des Vorsitzenden:

- Eingangs zu den Berichten wird dem Gemeinderat das Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung, Abteilung 3 vom 2.7.2015 hinsichtlich der Verbesserung des BZ óRahmens für das Jahr 2015 auf nunmehr insgesamt $\text{p } 300.000,-$, also $\text{p } 17.000,-$ mehr als vorher, vollinhaltlich vorgetragen. Dies hat sich durch die Berücksichtigung der Halbtagsgruppe (+ 30 Wochenstunden) im Kindergarten ergeben.
- Nunmehr berichtet Hr. Bürgermeister Altziebler, dass die Resolution des Gemeinderates gegen TTIP, ETCA und TISA am 17.7.2015 in der Parlamentsdirektion im Parlament in Wien eingelangt ist.

- Frau Tanja Klammer hat an her mitgeteilt, dass sie den hinteren Postraum für ihr berufliches Vorhaben nicht benötigt, da sie das Haus in Fresach, Amberger Straße 121 (Rauter) gekauft hat und dort ihr Gewerbe ausüben wird.
- Der Gemeindebund hat mitgeteilt, dass angesichts der aktuellen Finanzlage des Landes in unterschiedlichsten Bereichen Budget- und Förderkürzungen stattfinden, welche zumindest mittelbar auch die Gemeinden treffen. Laut Schreiben des Verkehrsverbundes vom 07.07.2015 ist auch der Verkehrsbereich betroffen, welcher auch insbesondere den ländlichen Raum massiv berührt. Der Kärntner Gemeindebund ist aktuell um einen Termin mit den beiden zuständigen Mitgliedern der Kärntner Landesregierung bemüht, um gemeinsam eine für die Gemeinden tragbare Lösung zu finden und allfällige Abfederungsstrategien auszuloten. Hr. Bürgermeister Altziebler war betr. GOMOBIL beim Verkehrsverbund, Hr. DI. Heschtera. Für Fresach gibt es keine Änderung hinsichtlich den öffentlichem Verkehr.
- Der Vorsitzende berichtet anhand des Aktenvermerkes vom stattgefundenen Gemeindebesuch von Hr. LR. Ragger und teilt dazu mit, dass das Ansuchen für das Standortradargerät gestellt wurde. Eine Antwort steht noch aus. Weitere Themen waren - Die Errichtung eines Zebrastreifens im Bereich des Kindergartens. Die Errichtung ist zufolge der Frequenz hinsichtlich Fußgänger und Verkehr nicht möglich.
 - Gehwegsituation ó Luger (auch mit Luger noch zu besprechen).
 - Infostand ó Anbringung von Werbung ó Hier erfolgt eine Prüfung durch das Kuratorium für Verkehrssicherheit.
- Der Vorsitzende berichtet vom Wasserleitungsaustausch und dass es für die Erweiterung der Nennweite bei Ausführung im heurigen Jahr eventuell noch eine Förderung gibt. Von den Grundeigentümern sind die Zustimmungserklärungen vorhanden. Alle haben auf eine Geldentschädigung verzichtet. Die Einreichung des Projektes bei der Naturschutz- Rodungs- und Wasserrechtsbehörde wird durchgeführt und die Ausschreibung für das erforderliche Darlehen wird gestartet.
- Weiters berichtet Hr. Bürgermeister, dass die KELAG Kärntennetz bereit wäre für jene Bereiche, wo eine Mitverlegung eines Niederspannungskabels im Zuge des Austausches der Wasserleitung durchgeführt wird, eine Kostenbeteiligung von € 20,- netto pro Laufmeter zu übernehmen. Dies wurde per E-Mail der Gemeinde bekannt gegeben. Der Bereich ist im Plan dargestellt. Zuzufolge der Rücksprache mit Hr. Ing. Presser ist für die Gemeinde wesentlich, dass durch die Mitverlegung der KELAG Leitung der Gemeinde Fresach keine wie immer gearteten Mehrkosten entstehen dürfen. Hier soll nochmals nachverhandelt werden.
- Die Überprüfung unserer Versicherungspolizzen wurde an mehrere Büros weitergeleitet und Angebote eingeholt. Ziel dieser Ermittlungen ist die Aktualisierung der Versicherungstarife und Verminderung der Prämien. Ein Angebot liegt bereits vor, welches im Gesamten weniger Prämien mit einem besseren Schutz aufweist.
- Der Bürgermeister teilt den Anwesenden den Beschluss des Gemeindevorstandes hinsichtlich den Kinderstartgeld mit. Einmalige Förderung von € 300,- je Kind, welches mit Stichtag November zwei Jahre ist. Die Gemeinde hat für diese Kinder 2 Jahre Ertragsanteile erhalten.
- Hinsichtlich der Studentenförderung hat der Gemeindevorstand € 300,- für jene Studenten, die außerhalb unseres Bundeslandes studieren, und den Wohnsitz in Fresach haben, beschlossen.
- Hr. Bürgermeister spricht die abgedruckten Gebühren mit pro Kopfaufkommen der Gemeinde Fresach in der Kärntner Woche an. Bei den Müllgebühren passt es, nicht jedoch beim Wasser und beim Kanal, wo wir nur einen Anschlussgrad von 80 % haben. Dies wurde der Woche mitgeteilt, die dies aber nicht richtig dargestellt hat.
- Der Vorsitzende hat einige Gästeehrungen durchführt. Hinsichtlich der Geschenke sollten Überlegungen angestellt werden.

- Es gab ein konstruktives Gespräch mit Hr. DI. Nageler und Hr. Dr. Seywald vom Denkraum. Bei der ersten Veranstaltung des Denkraumes sind Fehler passiert. Die beiden Herren haben sich für die Situation bei der Eröffnung entschuldigt. Im Herbst ist eine Veranstaltung für alle GemeindebürgerInnen geplant. Es soll eventuell wieder eine Art Schriftstellertagung in Fresach stattfinden.
- Gestern gab es ein Gespräch mit der §Lavanttaler Beschäftigungsinitiativeö Fr. Mag. Planer, die für das AMS Kärnten eine Erhebung durchführt. Die Kostenteilung für die Löhne von diesbezüglichen Arbeitern wäre zu 1/3 von der Gemeinde und 2/3 vom AMS zu tragen, wobei 7,5 Mitarbeiter für derartige Projekte anzustellen sind. Für uns ist dies nicht zutreffend. Für Fresach wäre 1 Person interessant. Im Zuge von Gemeindebundsitzungen soll dieses Thema angesprochen werden.
- Die Sanierung im Kindergarten wurde gestartet.
- Die Leitschienen wurden getauscht bzw. teilweise neu errichtet.
- Die Asphaltierung der Haus- u. Hofzufahrten für das heurige Jahr wurden erledigt.
- Die Sanierung der Krebsenwandermeile soll überdacht werden. (Entweder den Bestand sanieren oder eventuell Rollstuhl- bzw. Kinderwagengerecht befahrbar machen).
- Die Mirnockbänke wurden gestrichen und lackiert. Diesbezüglich wurde durch den Bgm. der MTG. die Rute ins Fenster gestellt. Die Gde. hat ein Angebot an die MTG übermittelt wonach von der MTG selbst ein Angebot für die Sanierung der Mirnockbänke eingeholt wurde, nach diesem die Sanierung vorgenommen wurde. Die Kosten wurden von der MTG übernommen. Der Vorsitzende glaubt jedoch, dass diese Sanierung der Bänke nicht viel bringen wird, da die Risse lediglich überstrichen und lackiert wurden.
- Es gab ein Gespräch mit Oskar u. Dagmar Sakrausky betr. einer Ausstellung 50 Jahre Hochwasser im Jahre 2016 in Verbindung mit den Gemeinden Weißenstein und Ferndorf. Die Kosten werden ca. p 5.000,- betragen. Der Denkansatz hierzu wäre, dass jede Gde. p 1.000,- übernimmt und die Restkosten durch die Eintritte bedeckt werden. Ein diesbezügliche mündl. Zusage gibt es von Hr. Bgm. Haller. Mit dem Bgm. von Weißenstein wird noch ein Gespräch geführt.

Zu den Berichten des Vorsitzenden fragt Hr. GR. Randolph Schneeweiß, was Hr. LR. Ragger in der Gemeinde getan hat, zumal für Straßenangelegenheiten Hr. LR. Köfer zuständig ist. Hr. Bürgermeister Altziebler teilt mit, dass er im Büro von Hr. LR. Köfer nachgefragt hat. Ihm wurde mitgeteilt, dass Hr. LR. Köfer so viel Arbeit hat und ein leitender Beamter nach Fresach kommen wird, was bis jetzt nicht geschehen ist. Im Zuge dessen wurde auch bekannt, dass für das Straßenrecht Hr. LR. Ragger zuständig ist.

Hr. GR. Schneeweiß fragt weiters, wie die Finanzierung bei GO-MOBIL läuft. Dazu Hr. Bürgermeister Ing. Gerhard Altziebler: Es gibt hierfür Bundes- u. Landesmittel. Schwierig ist die Zusammenarbeit mit Hr. Goritschnig, der für das GOMOBIL ein Patent hat. Es muss ein Weg gefunden werden, mit Hr. Goritschnig auszukommen. Die diesbezüglichen Bundesmittel werden an den Verkehrsverbund fließen und ein Teil hierfür ist für das GO Mobil vorgesehen.

Er schlägt vor, dass im Zuge einer Kontrollausschusssitzung Details über die Finanzierung des GOMOBILS erfragt werden können.

Jedenfalls soll die Einrichtung für den Personentransport aufrecht bleiben, ob mit GOMOBIL oder anderen Möglichkeiten. Er spricht in diesem Zusammenhang §ALSOLEö eine andere Beförderungsart im Gailtal an.

Hr. GR. Randolph Schneeweiß erklärt betr. der Eröffnung bei der Veranstaltung Denkraum hinsichtlich der angesprochenen Entschuldigung, dass sich nur einer, nämlich der Bürgermeister nicht an die Norm der Eröffnung gehalten hat. Denn er hat an die VS ein Geschenk, außer Protokoll, überreicht. Dazu stellt Hr. Bgm. Altziebler fest, dass er sich an die Vorgaben gehalten hat. Hr. DI. Nageler und Hr. Dr. Seywald haben erklärt, dass sich gewisse Leuten nicht an das Programm gehalten haben, aber nicht er.

Hr. GR. Alfred Antowitz will wissen, ob die Förderung für Studenten, die in Fresach ihren Wohnsitz haben und in Klagenfurt studieren, ebenso in Anspruch genommen werden kann, was vom Vorsitzenden bejaht wird.

Der Vorsitzende fragt, ob es noch weitere Berichte gibt.

Die Obfrau des Kontrollausschusses Fr. GR. Marlene Unterkofler bringt einen Bericht von der am 1.7.2015 stattgefundenen Kontrollausschusssitzung, wo es keine Beanstandungen gab.

Hr. Erwin Possegger teilt mit, dass zwei Sitzungen des Landwirtschaftsausschusses stattgefunden haben, jedoch kein Berichterstatter festgelegt wurde.
Der Bericht hierüber soll in der nächsten Sitzung des GR. erfolgen.

Vor Eingang in die Tagesordnung der nicht öffentlichen Sitzung wird ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderäte hinsichtlich der Kündigung der Finanzverwalterin und den damit verbundenen Antrag um Rückgängigmachung dieser, mit sofortiger Wirkung, verlesen.

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen.

Das Ergebnis lautet 8 zu 7 Gegenstimmen (Die Freiheitlichen und Unabhängigen von Fresach). Somit ist die Zuerkennung der Dringlichkeit nicht gegeben, da es hierfür einer 2/3 Mehrheit bedarf. Der Vorsitzende weist den Antrag dem Gemeindevorstad zu.

Nunmehr verabschiedet Hr. Bürgermeister Ing. Gerhard Altziebler die anwesenden Zuhörer und wünscht ihnen noch einen schönen Abend, wonach diese den Sitzungssaal verlassen.

6. Personalangelegenheiten

V.g.g.

Die Protokollunterfertiger

Schriftführung

Der Bürgermeister